

Reden wir über



Siedlungsdruck und Landschaft

Naturschützer Martin Hänsel über amtlichen Gebietsschutz

Über die Ausweisung von vier Landschaftsschutzgebieten (LSG) im Landkreis München ist eine hitzige Debatte entbrannt. Landwirte und Waldbesitzer befürchten, dass ihre Flächen durch die Gebietsverordnungen an Wert verlieren und Bewirtschaftungsmöglichkeiten eingeschränkt werden. Zuletzt kündigten Bauern in einer Versammlung der Kreis-CSU an, sich massiv gegen die LSG-Ausweisungen wehren zu wollen. Die SZ fragte den stellvertretenden Kreisgeschäftsführer des Bundes Naturschutz, Martin Hänsel (Foto: Kronewiter), wie er den Widerstand der Bauern einschätzt.

Herr Hänsel, in der CSU-Veranstaltung in Oberhaching waren fast nur Bauern anwesend. Hätte der Bund Naturschutz auch gerne mitgeredet?

Wir waren eingeladen, konnten aber nicht kommen. Leider fand die Veranstaltung in einem begrenzten Rahmen statt, fast nur Landwirte und Waldbesitzer waren anwesend. Eine Podiumsveranstaltung, die alle Bürger anspricht, wäre interessanter gewesen. Grundsätzlich ist eine öffentliche Diskussion zum Thema Landschaftsschutzgebiete aber sehr wichtig.

Wie schätzen Sie die Ängste und Vorbehalte der Bauern gegen die Gebietsverordnungen ein?

Wir sind sehr verwundert über die Art und Weise, in der über die Ausweisung diskutiert wird. Ein Großteil der Ängste sind unberechtigte und plakative Argumente. Sicher gibt es einige Härten für die Bauern – über diese muss man diskutieren. Doch in der laufenden Debatte wird zunehmend polemisiert und polarisiert. Eine sachliche Auseinandersetzung scheint kaum mehr möglich. Die Verbote und Beschränkungen sind nur als Vorsorge gedacht. Weder wird es Kindern untersagt, Flugmodelle starten zu lassen, noch wird der Anbau von Energiepflanzen wie Raps und Mais untersagt. Die Kritiker haben offenbar kein Interesse, sich mit den tatsächlichen Fakten auseinanderzusetzen.

Dennoch: Die Landwirte befürchten, ihre Flächen würden an Wert verlieren.

Man hört immer von fünfprozentigem Abschlag, den eine LSG-Ausweisung bedeuten soll. Das gilt sicher nicht für den Ballungsraum München. In dieser Region sind die Flächen knapp, und Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis. Der Knackpunkt ist: Mit der LSG-Ausweisung sollen die letzten freien Flächen geschützt werden. In den vergangenen 50 Jahren sind die Siedlungs- und Gewerbegebiete zwischen Würmtal und Hachinger Tal großflächig gewachsen – und der Siedlungsdruck wächst weiter.

Landschaftsschutzgebiete sind eine schwache Schutzkategorie. Sind sie das richtige Instrument, um die Flächen als Erholungsgebiete zu erhalten?

Eine LSG-Ausweisung ist in erster Linie eine Dokumentation und Willensbekundung, Gebiete als Erholungsraum zu erhalten. Einen hundertprozentigen Schutz vor Bebauung kann die Verordnung freilich nicht bieten. Das Verfahren greift die Frage auf, wie die Landschaft, in der wir und unsere Kinder leben, zukünftig aussehen soll. Es besteht hier die Chance, dass Grundstückseigentümer, die Bevölkerung und die Politik gemeinsam über diese Frage nachdenken. Ein Landschaftsschutzgebiet ist auch eine Auszeichnung für die Gemeinden. Wir alle sollten darauf stolz sein.

Interview: Stefan Mühleisen